

Das Wochenmagazin der

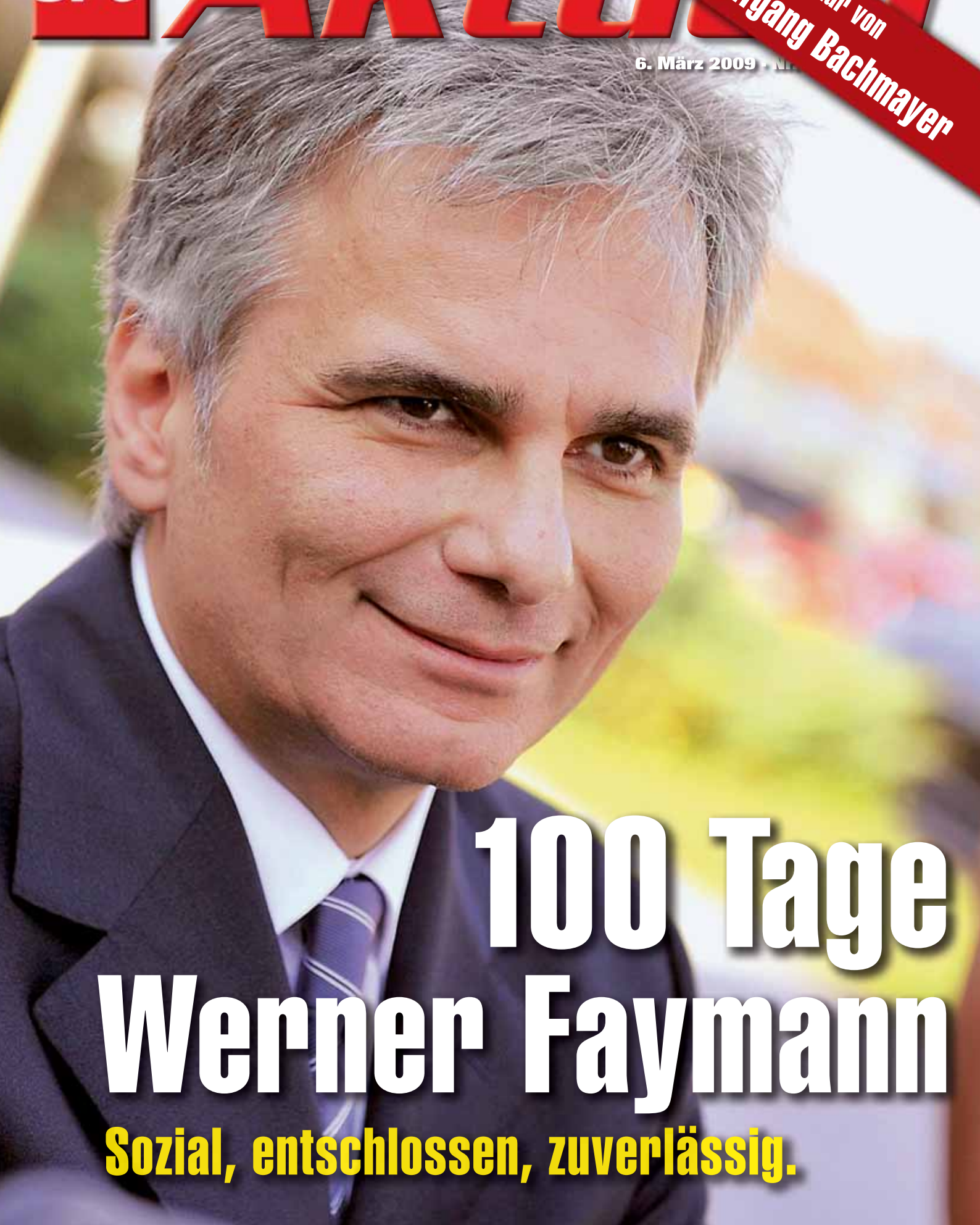
www.spoe.at

SPÖ

Aktuell

OGM-Chef Wolfgang Bachmayer
Gastkommentar von

6. März 2009 • Nr. 10



100 Tage Werner Faymann

Sozial, entschlossen, zuverlässig.

Am 2. Dezember 2008 sind Werner Faymann und sein Regierungsteam angelobt worden. Das Resümee der ersten 100 Tage ist kurzgefasst: Diese Regierung ist entscheidungsfreudig, produktiv und handelt mit klarer sozialdemokratischer Handschrift. Werner Faymann konnte den Koalitionspartner rasch von einem umfassenden Konjunkturprogramm und einer vorgezogenen Steuerentlastung überzeugen, hat die Kassensanierung auf Schiene gebracht und eine für die Zukunft des Landes notwendige Bildungsreform in die Wege geleitet. Zu verdanken ist das dem neuen politischen Stil, für den Faymann steht: lösungsorientiert und ohne persönliches Hick-Hack.

Die Wirtschaftskrise beginnt sich auch am Arbeitsmarkt niederzuschlagen. Aber die SPÖ stellt mit Rudolf Hundstorfer einen Arbeitsminister, der sich vehement für die Abmilderung der Auswirkungen der Rezession auf den Arbeitsmarkt einsetzt. Maßnahmen wie Investitionen in die Infrastruktur, Qualifizierung, Ausbau der Kurzarbeit und die Umsetzung der Beschäftigungsgarantie für Jugendliche unterstützen den Kampf der Sozialdemokratie um jeden Arbeitsplatz.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

100 Tage Werner Faymann	4
Kommentar Hannes Androsch	5
Arbeitsmarkt	6
Landtagswahlen.....	7
Gratis-Kinderbetreuung	10
Gastkommentar von OGM-Chef Wolfgang Bachmayer.....	14

SPÖ startet Umfrage

Was bewegt Österreich – das ist der Titel der SPÖ-Umfrage, die letzten Montag gemeinsam von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und Landeshauptmann Hans Niessl in Eisenstadt präsentiert wurde. „Uns geht es darum, zu wissen, welche Ängste und Nöte die Menschen in Österreich plagen“, so Rudas und Niessl unisono. Bis Anfang April soll die Umfrage bundesweit von über 200.000 Parteimitgliedern durchgeführt werden. Zehn Fragen umfasst der Fragebogen, mit dem die Parteimitglieder



Rigaud

Verkehrsministerin Doris Bures

Initiative für richtige Kindersicherung im Auto

Verkehrsministerin Doris Bures hat eine Initiative zu mehr Sicherheit von Kindern in PKW gestartet. Eltern soll damit bewusst gemacht werden, was es bedeutet, wenn ihre Kinder ungesichert im Auto mitfahren. Ab der zweiten Vormerkung sollen Autofahrer künftig ein Kindersicherseminar besuchen müssen. Die Evaluierung des Vormerkungssystems hat gezeigt, dass die Gefahren für schlecht gesicherte Kinder von Vielen unterschätzt wurden. Fast jedes fünfte Kind im Auto ist nicht ausreichend gesichert, verhältnismäßig mehr Kinder werden im PKW verletzt als auf den Straßen – „da müssen die Alarmglocken läuten“, so Bures.



Meinungsforum: Chancengleichheit für Frauen und Männer?

Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Laut Gesetz sind Frauen gleichberechtigt, im Alltag sind sie noch immer Benachteiligungen ausgesetzt. Der jüngste Einkommensbericht der EU-Kommission zeigt, dass die Schere zwischen den Einkommen von Frauen und Männern weit auseinanderklafft. Auch der berufliche Aufstieg wird den Frauen nicht leicht gemacht, noch immer stoßen sie an die Gläserne Decke. Diskutieren Sie mit auf: www.mitreden.spoe.at

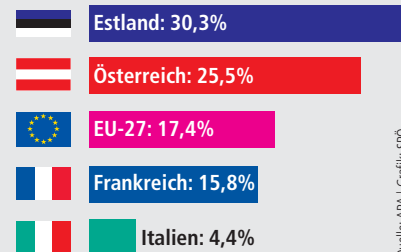


Zinner

Landeshauptmann Hans Niessl und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas gehen mit Herrn Edmund Karner den Fragebogen durch.

Meinungen von Freunden oder Bekannten einholen sollen. Die Umfrage ist auch online auszufüllen unter: www.umfrage.spoe.at

Einkommensschere Frauen-Männer



Quelle: APA | Grafik: SPÖ

Einkommen klaffen auseinander

Frauen verdienen in Österreich eklatant weniger als Männer, nämlich um 25 Prozent. Damit liegt Österreich weit über dem europäischen Durchschnitt von 17,4 Prozent. Nur Estland hat mit 30 Prozent noch größere Einkommensunterschiede. Den niedrigsten Wert verzeichnet Italien mit 4,4 Prozent. SPÖ-Gleichbehandlungssprecherin Gisela Wurm fordert daher, Wirtschaftsförderungen stärker an Frauenförderungen zu koppeln.

Zitat der Woche

„Die wahren Hassprediger in unserer Stadt, die tragen blaue Armbänder und sprechen sehr gut Deutsch – oder zumindest das, was sie dafür halten.“

Wiens Bürgermeister Michael Häupl



Zinner

SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr

Genmais: Schallende Ohrfeige für EU-Kommission

Neuerliche Abfuhr für die EU-Kommission: Bereits zum dritten Mal haben die EU-Umweltminister eine Aufhebung des Anbauverbots von Genmais abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis – drei Viertel der EU-MinisterInnen haben die Position Österreichs unterstützt – sei eine „schallende Ohrfeige für die EU-Kommission“, so SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr. Bayr erwartet sich, dass die Kommission nun ein für alle Mal die Haltung Österreichs zur Kenntnis nimmt und den Wunsch der heimischen Bevölkerung nach Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft respektiert.



Zimmer

STANDPUNKT

Blick nach vorne!

In Salzburg und Kärnten haben die WählerInnen ihr Votum abgegeben – jetzt geht es darum über das Morgen nachzudenken.

Die Landtagswahlen in Salzburg und Kärnten sind geschlagen. Das Ergebnis in Kärnten ist enttäuschend. Dass es sich um eine besondere Situation handelt, ist unbestritten, ein politischer Richtungswechsel wäre jedoch von so entscheidender Bedeutung gewesen, dass man die Enttäuschung nicht schön reden kann. In Salzburg, das seit 1945 eine konservative Hochburg war, ist es Landeshauptfrau Gabi Burgstaller zum zweiten Mal gelungen, eine sozialdemokratische Mehrheit zu erreichen. Die SPÖ erreichte in Salzburg das zweitbeste Ergebnis seit 1969. Seit der Nationalratswahl konnten wir ein Drittel der WählerInnen, rund 40.000 SalzburgerInnen, für die SPÖ zurückgewinnen.

was die geeinte Sozialdemokratie erreichen kann, aber auch, wo wir noch aufholen müssen. Wir können Wahlen gewinnen, aber wir sind noch lange nicht am Ziel.

Wir sind die stärkste Partei und wir werden noch stärker werden – nicht über Shows, nicht über Inszenierungen oder Partei-Hick-Hack überzeugen wir, sondern durch das, was uns ausmacht: Durch Mobilisierung für

„Für uns sind die ArbeiterInnen nicht irgendwelche WählerInnen, sondern genau die Menschen, für die wir Politik machen, der Ursprung unserer Bewegung.“

und wird es auch Rückschläge geben – aber eines ist klar: Die Sozialdemokratie

Was bedeutet das für morgen?

Wir müssen auf unser Bauchgefühl hören. Wir sehen gerade in Salzburg, aber auch in den anderen Bundesländern, wo unsere Potentiale liegen. Wir waren und sind dort stark, wo wir gut organisiert sind – wo wir bei den Menschen sind und im direkten Kontakt überzeugen können. Wir sind dort unschlagbar, wo wir „Hetzern“ Paroli bieten und den Menschen ehrliche Antworten geben. Die ArbeiterInnen, aber auch die Angestellten sind nicht „irgendeine“ WählerInnengruppe – sie sind jene WählerInnen, für die wir uns mit ganzer Kraft engagieren. Für uns sind das nicht irgendwelche WählerInnen, sondern genau die Menschen, für die wir Politik machen, der Ursprung unserer Bewegung. Sie sind jene WählerInnen, die wir für unsere Politik brauchen. Dort wo Menschen Sorgen haben, müssen wir sein. Dort wo Menschen Fragen haben, müssen wir Antworten geben. Dort wo Menschen erzählen, müssen wir zuhören – nicht nur in der Wahlauseinandersetzung, sondern jeden Tag. Der letzte Nationalratswahlkampf hat gezeigt,

Jantzen



Die Sozialdemokratie sorgt konkret dafür, dass kleine und mittlere EinkommensbezieherInnen mehr Geld zur Verfügung haben.

Themen, durch verantwortungsvolle Politik, durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und durch gehaltene Versprechen.

Und ja, leider wird uns das nicht von heute auf morgen gelingen – dabei kann

sind wir – jedes einzelne Mitglied, jeder Funktionär – wir gewinnen und wir verlieren Wahlen GEMEINSAM – vor allem aber holen wir uns unsere WählerInnen zurück. GEMEINSAM. ♦

REGIERUNG

100 Tage soziale Politik

Wirtschaftlich schwierige Zeiten erfordern rasches und lösungsorientiertes Handeln sowie effiziente Maßnahmen. Genau dafür steht die Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann.



Bundeskanzler Werner Faymann und das SPÖ-Regierungsteam haben in ihren ersten hundert Tagen bewiesen, dass die SPÖ ihre Versprechen hält.

Jede Maßnahme, ob zur Entlastung des Mittelstandes, zur Stärkung der Kaufkraft, zur Ankurbelung der Wirtschaft oder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit trägt die soziale Handschrift der SPÖ. Gerade jetzt gilt es, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen und alle Kräfte für die Menschen in diesem Land zu bündeln. „SPÖ Aktuell“ dokumentiert die bisherigen Errungenschaften durch den neuen Stil in der Politik.

Entlastung und Kaufkraftstärkung durch die Steuerreform

Bereits seit Februar letzten Jahres forderte die SPÖ eine massive Entlastung von Niedrig- und Mitteleinkommen. Nun konnte die Steuerentlastung im Ausmaß von 3,2 Milliarden Euro endlich umgesetzt werden. 2,3 Milliarden Euro werden in die Lohn- und Einkommenssteuervolumenentlastung investiert, damit 2,7 Millionen Menschen keine Lohnsteuer mehr zahlen müssen. Der Grenzwert wurde von 10.000 auf 11.000 Euro erhöht, wodurch weitere 160.000 Menschen entlastet werden. Ein wichtiger Erfolg der Regierung Faymann für die ArbeitnehmerInnen ist, dass 88 Prozent des Entlastungsvolumens den ArbeitnehmerInnen

mit einem Einkommen bis zu 4.000 Euro zugute kommt. Weiters wurde auch der Grenzsteuersatz für Jahreseinkommen unter 25.000 Euro von 38,33 auf 36,5 Prozent gesenkt.

Entlastung der Familien

Wie versprochen wurde auch die Entlastung der Familien rasch umgesetzt. So wurden die Kinderabsetzbeträge für alle Kinder von 610 auf 700 Euro angehoben und werden direkt ausbezahlt. Weiters können Eltern künftig einen Freibetrag von 220 Euro pro Kind von der Steuer absetzen. Zudem ist nun auch die professionelle Kinderbetreuung mit einem Betrag von 2.300 Euro pro Jahr und Kind bis zum 10. Lebensjahr absetzbar. Ebenso enthält die Familienentlastung einen steuerfreien Betrag von 500 Euro pro Jahr und Kind, bis zum zehnten Lebensjahr, den der Arbeitgeber für die Kinderbetreuung ausbezahlen kann.

Bildungsreform geht weiter

Bildungsministerin Claudia Schmied setzt den notwendigen Reformkurs im Bildungsbereich konsequent fort. So konnte etwa das Erfolgsmodell „Neue Mittel-

schule“ heuer auf 243 Standorte in allen Bundesländern ausgeweitet werden. Weiters ging Schmied in die Qualitäts-Offensive und brachte wichtige Projekte, wie die Bildungsstandards und die Zentralmatura, auf Schiene. Damit soll das Niveau des Unterrichts gehoben und in ganz Österreich vereinheitlicht werden. Um SchülerInnen und LehrerInnen den bestmöglichen Lern- und Arbeitsplatz zu ermöglichen, werden bis 2010 600 Millionen Euro in die Hand genommen, um in Klassenzimmer und Sporteinrichtungen zu investieren. Nicht zu vergessen ist die Forcierung der Lehre mit Matura.

Kampf um jeden Arbeitsplatz

In Zeiten der Krise haben es sich Bundeskanzler Werner Faymann und sein Regierungsteam zum Ziel Nummer eins gemacht, mit allen Kräften um jeden einzelnen Arbeitsplatz zu kämpfen, dafür wird insgesamt eine Milliarde Euro bereitgestellt. Eine der wichtigsten Maßnahmen dazu ist die Ausweitung der Kurzarbeit auf 18 Monate, sowie die Erweiterung der Arbeitsstiftungen und die Qualifizierungsmöglichkeiten während der Kurzarbeit. Dafür werden dem AMS 75 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der „Regionalen Fachkräfteausbildung“ werden heuer 6.422 Arbeitslose, davon 4.131 Frauen ausgebildet, um die Fachkräftelücken zu schließen. Darüber hinaus sollen durch vorgezogene Projekte im Bereich Straße und Schiene 50.000 Arbeitsplätze entstehen. Und auch die Steuerentlastung, so erwarten Experten, bringt mindestens 10.000 Arbeitsplätze. (Ausführliches zum Arbeitsmarkt siehe Seite 6.)

für Österreich

Investitionen sichern, Wirtschaft ankurbeln

Neben der Mittelstandsmilliarde zur Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben beschloss die Bundesregierung ein zweites Konjunkturpaket im Ausmaß von 1,9 Milliarden Euro. Dies beinhaltet das Vorziehen von Bauprojekten des Bundes (Schulen, Universitäten etc.) in der Höhe von 850 Millionen Euro. 570 Millionen Euro werden für Investitionsanreize für Unternehmen zur Verfügung gestellt, 50 Millionen Euro wird in die Forschung investiert. Gemeinsam investieren Bund und Länder 8 Milliarden Euro in die Belebung der Konjunktur. Konkrete Infrastrukturprojekte, wie der Neubau von Bahnhöfen und -strecken, sowie Straßen in Niederösterreich und der Steiermark wurden bereits auf Schiene gebracht.

Armut verhindern

Der Kampf gegen die Armut hat von je her einen großen Stellenwert für die Sozialdemokratie. Sozialminister Rudolf Hundsdober gelang es, alle Bundesländer – mit Ausnahme von Kärnten – für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung zu gewinnen und wird diese bis Ende des Jahres umsetzen. Darüber hinaus wurden die Pensionen um 3,4 Prozent erhöht und die Hacklerregelung wurde bis 2013 verlängert. Die SPÖ erreichte weiters wichtige Entlastungsmaßnahmen für Pflegende. So wurde das Pflegegeld aller Stufen zwischen vier und sieben Prozent erhöht und auch für schwerstbehinderte Kinder und Demenzerkrankte konnten Verbesserungen erzielt werden.

Spitzenmedizin für alle sichern

Der Regierung Faymann gelang es in einem ersten Schritt, einen Plan zur raschen Entschuldung der Krankenkassen aufzustellen, um die Liquidität der Kassen für die PatientInnen zu sichern. Beschlossen wurde konkret eine Überbrückungshilfe für die Kassen im Ausmaß von 30 bis 50 Millionen Euro. Zusätzlich wird ein Strukturfonds mit 100 Millionen Euro gespeist, der an die Bedingung der Sparmaßnahmen von Kassen geknüpft ist. In den Jahren 2010 bis 2012 wird ein Entschuldungsbeitrag von je 150 Millionen Euro geleistet. ♦

KOMMENTAR

„Werner Faymann steht für lösungsorientierte Politik“

Der Industrielle und ehemalige Finanzminister Hannes Androsch über die ersten 100 Tage Regierung Faymann. Resümee: Der richtige Mann und der richtige politische Ansatz, um Österreich durch die Krise zu steuern.

Es ist Werner Faymann zu verdanken, dass die SPÖ bei den letzten Nationalratswahlen wieder stimmenstärkste Partei wurde und mit ihm weiterhin den Bundeskanzler stellt. Es ist ihm auch gelungen, die alte Hick-Hack- und Blockade-Politik der Schlüssel-Molterer-ÖVP durch einen neuen, kooperativen Regierungsstil zu ersetzen.



Hannes Androsch

Der Beginn der Kanzlerschaft von Werner Faymann fällt mit der größten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit Menschengedenken zusammen. Von dieser wurde auch Österreich nicht verschont, wie die vermehrte Kurzarbeit und die rasch steigende Arbeitslosigkeit leider zeigen. Umso wichtiger ist daher rasches Handeln vor allem auch im Finanzbereich, damit der monetäre Blutkreislauf als wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren der Wirtschaft und damit die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen wieder auf Touren kommt. Offenkundig erweist es sich als schwierig, den Koalitionspartner von der Richtigkeit massiven Handelns im Kampf gegen die Krise zu überzeugen und die von der SPÖ vorgeschlagenen finanz- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen umzusetzen. Dies wird in der nicht nachvollziehbaren Reaktion einzelner Funktionäre der Standesvertretung der Lehrer, auf den Vorschlag von Bildungsministerin Claudia Schmied, künftig von der Gesamtarbeitszeit zwei Stunden mehr den Schülern zu widmen, besonders deutlich. Ein Aufleben der alten Blockade-Politik des Koalitionspartners ÖVP darf im Bildungsbereich nicht hingenommen werden. Die letzten zehn Jahre waren bildungspolitisch ohnehin verlorene Jahre. Der Bundeskanzler

Heiler und die Bundesministerin für Unterricht müssen daher bei der Umsetzung der bildungspolitischen Reformen, die im Interesse einer zeitgemäßen Ausbildung der Schüler und damit auch von deren Eltern sind, eine breite Unterstützung erfahren. Eine weitere finanzielle Aushungierung unseres Schulsystems hätte fatale Folgen. Diese Schlussfolgerung gilt ebenso für Wissenschaft und Forschung. Qualifikation und Innovation sind wichtige

Schlüssel für die wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Zukunft unseres Landes. Wer nicht sät, kann nicht ernten. Die Krise muss daher, wie von unserem Kanzler Werner Faymann gefordert, zum Anlass genommen werden, zusätzlich zur massiven Förderung von Bildung, Universitäten, Wissenschaft, Forschung und Innovationen endlich auch längst überfällige öffentliche Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen vorzunehmen. Konjunkturwirksame Maßnahmen können durch die Modernisierung der Infrastruktur, den Ausbau der Wasserkraft als umweltfreundlichste Form der Energiegewinnung sowie die energetische Sanierung des Althausbestandes erzielt werden. Diese sind daher im Sinne von Werner Faymann so rasch wie möglich zu beschließen und umzusetzen.

Selbstverständlich muss die Entwicklung der Staatsfinanzen und deren Konsolidierung nach Überwindung der Krise im Auge behalten werden. Jetzt gilt es allerdings nach dem Motto „Klotzen und nicht kleckern“, die Krise energisch zu bekämpfen und die Sicherung der Arbeitsplätze in den Vordergrund zu stellen! ♦

BESCHÄFTIGUNG

Jeder Arbeitsplatz zählt

Österreich hat im europäischen Vergleich eine niedrige Arbeitslosenquote. Die Regierung will dafür sorgen, dass auch in Zukunft die Zahl der Beschäftigungslosen so gering wie möglich bleibt.

Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz“ lautet das Motto der SPÖ. Wie die aktuellen Arbeitsmarktdaten zeigen, sind die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise nun auch in Österreich spürbar. Im Februar lag die Arbeitslosigkeit um 23,7 Prozent über dem Vorjahresniveau. Daher ist es umso wichtiger, dass die Regierung entschlossen handelt, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Schon im Koalitionsprogramm hat die SPÖ-geführte Regierung eine Milliarde Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik festgehalten, „damit steht mehr Geld als je zuvor für zielgerichtete Maßnahmen zur Verfügung“, wie Sozial- und Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer betont. Und es wurden Konjunkturpa-



Zimmer

Sozial- und Arbeitsminister Hundstorfer kämpft um jeden Arbeitsplatz. Mit einer Milliarde Euro tätigt die Regierung Rekordinvestitionen in die aktive Arbeitsmarktpolitik.

ZUM THEMA

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Kurzarbeit:

Bis Ende März voraussichtlich 38.000 Personen von Kurzarbeit betroffen, Kosten für das AMS bisher im Jahr 2009: 110,2 Millionen Euro. ArbeitnehmerInnen, die sich weiterbilden wollen, erhalten Qualifizierungsbeihilfe.

Regionale Fachkräfteausbildung:

6.422 Arbeitslose sollen heuer zu Fachkräften in den unterschiedlichsten Bereichen ausgebildet werden. Die Regierung stellt dafür 35 Millionen Euro zur Verfügung.

Fachkräftequalifizierung für Metall:

Im ersten Halbjahr 2009 sollen 10.000 Personen zu Fachkräften für den Metall- und Elektrobereich ausgebildet werden. Für dieses Programm sind 74 Millionen Euro vorgesehen.

Ausbildungsgarantie:

12.000 junge Menschen sollen im Ausbildungsjahr 2009/2010 in überbetrieblichen Lehrwerkstätten ausgebildet werden. 123 Millionen Euro werden von Seiten der Regierung dafür investiert.

kete im Ausmaß von acht Milliarden Euro geschnürt, die dazu beitragen werden, die Wirtschaft wieder auf Touren zu bringen. Vorgesehen sind in den Konjunkturpaketen etwa Unterstützungen für mittelständische Betriebe, Investitionen in Forschung und Entwicklung, regionale Beschäftigungsoffensiven und ein massiver Ausbau der Infrastruktur. Letzteres ist besonders wichtig, waren doch in der Baubranche laut AMS im Februar um 15.240 Personen mehr arbeitslos gemeldet als im Februar 2008.

Kurzarbeit als Chance

Für Sozialminister Hundstorfer ist vor allem die vor kurzem im Nationalrat beschlossene Kurzarbeit „ein wichtiges und notwendiges Instrument, um den ArbeitnehmerInnen über die Krise zu helfen“. Künftig wird es möglich sein, bis zu 18 Monate kurz zu arbeiten, darüber hinaus wurde die Verlängerung des Durchrechnungszeitraums von vier Wochen auf sechs Wochen beschlos-

sen. Neu ist auch, dass die Kurzarbeit künftig mit Qualifizierungsmaßnahmen verbunden werden kann. Die Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen ist insgesamt von großer Bedeutung, verfügen doch 46 Prozent der Arbeitslosen als höchste Qualifikationsstufe lediglich über einen Pflichtschulabschluss.

Ausbildungsplätze für Jugendliche

Besonders alarmierend in der aktuellen Arbeitslosenstatistik ist der starke Anstieg bei den Jobsuchenden unter 25 Jahren, hier gibt es ein Plus von 12.529 oder 35,9 Prozent. Doch auch gegen die Jugendarbeitslosigkeit geht die SPÖ-geführte Regierung entschlossen vor. Die Ausbildungsgarantie stellt sicher, dass jeder Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz will, auch einen bekommt. Rund 123 Millionen Euro sind im Rahmen der Arbeitsmarktmilliarde für die überbetriebliche Ausbildung von 12.000 Jugendlichen vorgesehen. ♦

LANDTAGSWAHLEN

„Keine Denkmittelwahlen“

Die Landtagswahlen haben nur zur Hälfte die Erwartungen der SPÖ erfüllt. Positiv ist, dass Gabi Burgstaller in Salzburg bestätigt wurde und dass es große Zustimmung bei den Jungen gibt.

Bei den Landtagswahlen in Salzburg und in Kärnten haben die WählerInnen ihre Entscheidung für die nächsten fünf Jahre getroffen. In Salzburg wurde die SPÖ mit Gabi Burgstaller bestätigt, in Kärnten hätte sich die Sozialdemokratie deutlich mehr Zustimmung erhofft. Bundeskanzler Werner Faymann: „In Kärnten bin ich enttäuscht, auch traurig, über dieses Wahlergebnis. Ich habe das Gefühl gehabt, dass die Sozialdemokraten in Kärnten sich sehr engagieren. In Salzburg ist es gelungen, den ersten Platz zu verteidigen. Da haben wir im Vergleich zur Nationalratswahl ein klares Plus von mehr als 15 Prozent. Das gilt auch für Arbeiter, für Junge, für Senioren.“ Abgesehen von der letzten Landtagswahl, hat die SPÖ in Salzburg mit 39,5 Prozent das beste Ergebnis seit 1969 zu verzeichnen. Allerdings hatte man hier noch den Erdrutschsieg der Landtagswahlen 2004 in Erinnerung. Landeshaupthfrau Gabi Burgstaller meint daher: „Es gibt ein lachendes und ein weinendes Auge. Natürlich freue ich mich, dass wir mit einem schönen Abstand Erste geblieben sind, aber auf der anderen Seite gibt es auch herbe Verluste.“

Salzburg: SPÖ bei jungen WählerInnen klar voran

Erfreulich ist auch, dass die SPÖ in Salzburg bei den jüngeren WählerInnen am besten abschneiden konnte. Das Institut SORA hat das Wahlverhalten der unter 30-Jährigen in Salzburg analysiert. Demnach konnte die SPÖ in dieser wichtigen Gruppe mit 34 Prozent die meisten JungwählerInnen mobilisieren. Deutlich abgeschlagen folgt die ÖVP mit 24 Prozent.



Die Salzburger SPÖ freut sich über den Wahlsieg – auch wenn man sich mehr gewünscht hätte.

innen mobilisieren. Deutlich abgeschlagen folgt die ÖVP mit 24 Prozent.

Untypische Wahl in Kärnten

„Die Kärntner haben zu einem guten Teil Jörg Haider gewählt“, nimmt SPÖ-Spitzenkandidat Reinhart Rohr das Wahlergebnis zur Kenntnis. „Es stellt sich aber die Frage, ob die pietätvolle Wahlbewegung der richtige Weg war“, meinte Rohr in Hinblick auf den Umgang der SPÖ mit dem Ableben von Landeshaupthmann Jörg Haider. Möglicherweise wäre „mehr Angriff“ nötig gewesen.

Über eine neue Orientierung will die Partei bei einer Klausur des erweiterten Präsidiums diskutieren. Die Ursachen und Gründe für die Wahlniederlage müssten

„In Salzburg ist es gelungen, den ersten Platz zu verteidigen. Da haben wir im Vergleich zur Nationalratswahl ein klares Plus von mehr als 15 Prozent.“

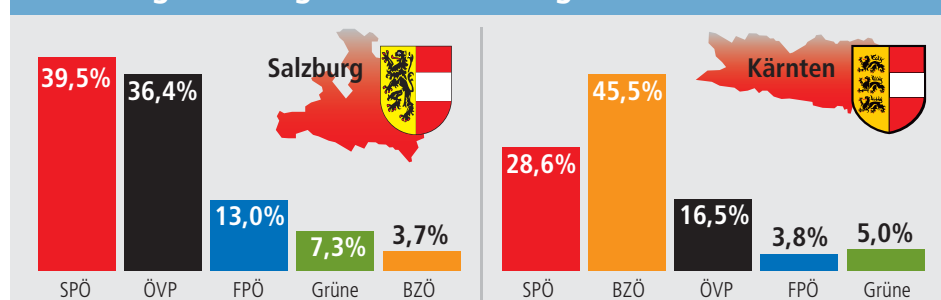
Bundeskanzler Werner Faymann

noch genau diskutiert und analysiert werden. Geplant sei, die Partei inhaltlich, organisatorisch und personell neu auszurichten, erklärt Rohr.

Keine Auswirkungen auf die Bundespolitik

„Es waren keine Denkmittelwahlen, da wie dort nicht, und der bundespolitische Einfluss war äußerst bescheiden“, konstatierte Michael Völker im „Standard“. Damit schloss er sich der deutlichen Mehrheitsmeinung der politischen Beobachter und medialen Analysten an. Die Koalitionsarbeit sieht SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter jedenfalls nicht gefährdet: „Der Reformdruck, der insgesamt herrscht, ist durch die Landeswahlen nicht kleiner geworden. Es geht nach wie vor um den Arbeitsmarkt, Konjunkturmaßnahmen und eine Steuerreform.“

Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahlen



Grafik: SPÖ, Quelle: APA

POST

Zusperrren und Jobabbau keine Lösung

Das Post-Management hat nun ein Schließungskonzept von Postämtern vorgelegt. Kreative Ideen und zukunftsorientierte Vorschläge sind Mangelware.

erhalten. Und auch Finanzminister Pröll als jenes für die ÖIAG zuständiges Regierungsmitglied, sei gefordert, alles daran zu setzen, im Sinne der Postbeschäftigten und der Bevölkerung gemeinsam mit der SPÖ in dieser Frage an einem Strang zu ziehen, so der SPÖ-Bundesgeschäftsführer.

Rücktritt von Post-Chef Wais als Chance

Indes hat Post-Vorstandsvorsitzender Wais seinen Rückzug von der Post-Spitze bekannt gegeben. Kräuter wünscht Wais persönliches und gesundheitliches Wohlergehen, der Rücktritt

sei zur Kenntnis zu nehmen. „Für die aktuelle Situation um die angekündigten Schließungen von hunderten Postämtern eröffnet sich durch die personelle Erneuerung an der Spitze des Unternehmens die Chance, eine verbesserte Unternehmensstrategie zu entwickeln. Vom bisherigen Zusperr- und Personalabbaukonzept muss Abstand genommen werden“, so der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. Überaus sinnvoll wäre auch ein Wechsel von ÖIAG-Vorstand Peter Michaelis in das Privatleben. „Denn Michaelis, der für 51 Prozent Staatsanteil der Post verantwortlich ist, hat in den letzten Monaten mehrmals unter Beweis gestellt, dass er heillos überfordert ist und nicht imstande ist, eine erfolgreiche Unternehmenspolitik zu garantieren“, sagt Kräuter. ♦

„Die Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung mit Postdienstleistungen hat für die Sozialdemokratie oberste Priorität.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter



Zimmer

Geplante Postämter-Schließungen

In folgenden 293 Orten sollen Postämter geschlossen und durch Postpartner ersetzt werden

Aus Platzgründen in Karte nur mit Postleitzahl angeführt

Oberösterreich	4343 Mitterkirchen	3671 Marbach
4180 Zwetzell/E	4362 Bad Kreuzen	3672 Maria Taferl
4181 Oberneukirchen		3702 Maisau
4211 Albern	Niederösterreich	3751 Sigmundshergberg
4212 Neumarkt	3544 Gränitz	3911 Rappottenstein
4213 Steyrergg	3545 Senftenberg	
4223 Karlsdorf	3552 Lengfeld	
4224 Wartberg	3553 Neupölla	
4230 Sandl	3554 Weiskirchen	
4263 Windhaag	3622 Mühldorf	
4273 Unterweissenbach	3643 Maria Laach	
4171 Schwertberg	3644 Artstetten	
4172 Ried	3644 Martinsberg	
4331 Naarn		



Konkret plant die Post, 293 Postämter zuzusperrn. Im Gegenzug sollen 450 neue Postpartner gewonnen werden. Infrastrukturministerin Doris Bures kündigt eine strenge sachliche Prüfung nach den Kriterien des Postgesetzes an. Zu dem von der Post angekündigten Ersatz von Postfilialen durch Postpartner sagt Bures: „Bisher gibt es nur Ankündigungen. Ich denke, hier ist eine große Portion Skepsis angebracht.“ Nicht nachvollziehbar ist das Vorgehen der Post auch vor dem Hintergrund der Vereinbarung am Postgipfel von vergangenen November: Dort haben sich sowohl Post AG als auch Eigentümer mit dem damaligen Infrastrukturminister Werner Faymann darauf verständigt, dass es bis auf weiteres keine Schließungen von Postfilialen geben soll.

Für die Sozialdemokratie hat oberste Priorität, die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen sicherzustellen, wie SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter betont. Die Ankündigung von Postpartnern ist für Kräuter zu vage, um

hier davon ausgehen zu können, dass die gute ländliche Postversorgung erhalten bleibt. Es sei auch zu wenig, nur herzugehen und die Verantwortung auf die Bürgermeister abwälzen zu wollen. „Von einem Unternehmen, das hohe Gewinne macht und saftige Dividenden ausschüttet, muss mehr kommen als nur die üblichen phantasielosen Schließungs- und Jobabbaupläne“, macht Kräuter deutlich. Die SPÖ wird jedenfalls alles dafür tun, die Postämter zu

SCHULE

Bildungsreformen müssen weitergehen

Österreichs Schulen sind dank Bildungsministerin Claudia Schmied auf der Überholspur. Klar ist, dass auch in Zeiten enger Budgetvorgaben nicht auf Kosten der Zukunft unserer Kinder gespart werden darf.



Bildungsministerin Claudia Schmied ist Garantin für die beste Schule für unsere Kinder.

Man kann es nicht oft genug sagen: Die Zukunft unserer Kinder und die Zukunft unserer Landes wird im Klassenzimmer entschieden. Daher arbeitet Ministerin Schmied auch so entschlossen an der Umsetzung der besten Schulen für unsere Kinder. Viele Maßnahmen – von den kleineren Klassen, über die Neue Mittelschule bis zu den Bildungsstandards – sind bereits voll in der Umsetzung. „Wir müssen diese Verbesserung unserer Schulen im Interesse der Kinder konsequent fortsetzen“, betont Schmied.

Dass diese Verbesserungen im Bildungsbereich dringend notwendig sind, bestätigt neben der PISA-Studie 2006 auch der PISA-Expertenbericht. Diese vertiefte Detailauswertung der PISA-Studie 2006 gibt Schmied jede Menge Argumente an die Hand, die für eine konsequente Fortführung der Bildungsreformen sprechen. So zeigt ein Ergebnis etwa, dass es im heimischen Schulsystem „deutliche Chancengleichheiten“ gibt – eine klare Bestätigung dafür, dass die von Schmied initiierte Neue Mittelschule vonnöten ist. Der PISA-Expertenbericht belegt zudem „große Leistungsunterschiede“ zwischen einheimischen und SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Für Schmied eine Bestä-

tigung für den Ausbau der Sprachförderkurse und den zentralen Stellenwert des verpflichtenden Kindergartenjahrs.

Nicht auf Kosten unserer Kinder sparen

„Es darf nicht zu einem Stillstand oder Zurücknehmen der Reformen im Bildungsbereich kommen – ganz im Gegenteil: Wir müssen jetzt entschlossen weiter investieren“, so Schmied. Vor diesem Hintergrund ist der Vorstoß der Bildungsministerin zu sehen, „die Arbeitszeit der LehrerInnen stärker ins Klassenzimmer zu verlagern“. Denn aufgrund der Wirtschaftskrise und der sich daraus ergebenden engen Budgetvorgaben kann das Ziel einer Verbesserung unserer Schulen nur mit strukturellen Maßnahmen, sprich einer Umschichtung der Lehrer-Arbeitszeit (plus zwei Stunden in der Woche) im Rahmen der geltenden 40-Stunden-Woche erreicht werden. Dieser Beitrag der LehrerInnen ist für die Verwirklichung der Schulverbesserung entscheidend, bekräftigt Schmied. Denn die Alternative dazu, nämlich „eine Zurücknahme der Reformen, würde die Zukunft unserer Kinder kosten. Und das kann und darf nicht sein“, so Schmied. Durch die Verlagerung der Arbeitszeit der Lehrer ist eine Einspa-

HBF rung von 381 Millionen Euro möglich. „Jeder Euro, den wir durch diese Maßnahme mehr zur Verfügung haben, wird sofort wieder ins Klassenzimmer investiert“, so Schmied. Durch die gewonnenen Mittel können u.a. mehr Tagesbetreuung, Kleingruppenunterricht, bessere Lehrerarbeits-

„Eine Zurücknahme der Reformen, würde die Zukunft unserer Kinder kosten.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

plätze und Deutschförderkurse umgesetzt werden. Diesen Standpunkt hat die Bildungsministerin auch im ersten, leider ergebnislos gebliebenen Gespräch mit den Lehrgewerkschaften klargemacht, das Dienstagabend stattfand. Schon zuvor hatte Bundeskanzler Werner Faymann deutlich gemacht, dass er voll hinter der Ministerin steht: „Wir wollen nicht, dass Reformmaßnahmen wieder gestoppt werden müssen. Daher ist es notwendig, dass alle einen Beitrag leisten – auch die Lehrer“, so Faymann, der Schmieds Vorstoß für „unterstützungswürdig“ hält. Offen ist man freilich für Vorschläge von Seiten der Lehrervertreter, bei denen budgetär dasselbe herauskommt und inhaltlich etwas weitergeht, denn: „Niemand ist der Feind eines besseren Vorschlags“, so der Bundeskanzler. ♦

INFO

Die 4 Kernaussagen der PISA-Analyse 2006

1. In unserem Schulsystem gibt es deutliche Chancengleichheiten – das Bildungsniveau der Kinder hängt immer noch von Einkommen und Bildung der Eltern ab.
2. Es bestehen große Leistungsunterschiede zwischen einheimischen SchülerInnen und MigrantInnen.
3. Die Motivation für naturwissenschaftliche Fächer ist niedrig.
4. Die Belastungen von Jugendlichen durch die Schule sind zwischen 2003 und 2006 gestiegen.

FAMILIEN

SPÖ setzt auf Gratiskindergarten

In immer mehr Bundesländern wird er Realität – der Gratiskindergarten. Besonders aktiv sind in dieser Frage die SPÖ-regierten Bundesländer.



SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier hätte am liebsten in jedem Bundesland den Gratiskindergarten.

SPÖ

Gratisangebote in den Bundesländern



Burgenland: Gratiskindergarten soll ab 1. 9. 2009 ganztags für Kinder zwischen zweieinhalb und sechs Jahren zur Verfügung stehen.



Kärnten: Seit März 2008 Gratiskindergarten für alle Drei- bis Sechsjährigen, halbtags.



Niederösterreich: Kindergarten ist halbtags gratis; SPÖ fordert weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, vor allem flexiblere Öffnungszeiten.



Oberösterreich: Ab Herbst 2009 soll der Kindergartenbesuch zwischen zweieinhalb und sechs Jahren gratis angeboten werden, die SPÖ Oberösterreich fordert überdies Gratis-Krabbelstuben und Gratis-Mittagstisch.



Salzburg: Gratiskindergarten soll ab 2014 Realität sein, derzeit stufenweise Vorbereitung und schrittweise Entlastung der Familien



Steiermark: Seit September 2008 kostenloser Kindergartenbesuch für alle Kinder von drei bis sechs; Zielsetzung ist die Ausdehnung der Gratis-Kinderbetreuung auf unter Dreijährige.



Tirol: Bisher noch kein Gratisangebot, SPÖ-Tirol fordert vehement den Gratiskindergarten.



Vorarlberg: Gratiskindergarten wird überlegt.



Wien: Gratiskindergarten ab September 2009 für alle Kinder zwischen null und sechs Jahren und das ganztags.

Das letzte Kindergartenjahr gratis und für alle Kinder ist fix und soll bald Realität sein. Allerdings nur halbtags. Die Wiener Familien dürfen sich besonders freuen: Bürgermeister Michael Häupl ist einen Riesenschritt weiter gegangen und hat angekündigt, dass ab September 2009 alle Kinder zwischen null und sechs Jahren gratis den Kindergarten besuchen können – und das ganztags. Lediglich ein Essensbeitrag ist zu entrichten. „Mit dem Gratiskindergarten in Wien wird

Kind bis zu 226 Euro monatlich. Dafür will man in Wien 75 Millionen Euro zusätzlich in die Hand nehmen. Bereits bisher hat Wien in Sachen Qualität bei Kinderbetreuung die Nase vorn. Wiens Kindergärten haben die längsten Öffnungszeiten und bieten auch in den Ferien durchgängige Betreuung.

Gratisbetreuung im Vormarsch

„Die SPÖ-geführten Bundesländer sind vorbildhaft, was die Umsetzung des Gratiskindergartens betrifft“, betont Binder-Maier. In der Steiermark ist der Gratiskindergarten längst Realität. Bereits seit September 2008 ist der Kindergartenbesuch für alle Kinder zwischen drei und sechs kostenlos. Im Burgenland tritt der Gratiskindergarten mit 1. September 2009 in Kraft, rund 8.000 Kinder werden davon profitieren. In Salzburg arbeitet man derzeit mit vollem Engagement an der Umsetzung des Gratiskindergartens. 2014 soll es dann so weit sein, bis dahin will das Land Salzburg die Eltern finanziell entlasten, die Unterstützung für Eltern von nicht schulpflichtigen Kindern wird ausgedehnt. ♦

„Die SPÖ-geführten Bundesländer sind vorbildhaft, was die Umsetzung des Gratiskindergartens betrifft.“

**SPÖ-Familiensprecherin
Gabriele Binder-Maier**

sich für die Familien – aber insbesondere für die Frauen – viel verbessern“, ist SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier hoch erfreut und betont, dass diese Maßnahme die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern und die oft angespannte finanzielle Situation von Alleinerzieherinnen und Familien mit mehreren Kindern erleichtern wird. Konkret erspart sich eine Familie mit einem

Geschichte

„Es wird nicht mehr verhandelt ...“

Josef Weidenholzer zeichnet in seinem Werk die Februarkämpfe des Jahres 1934 in Oberösterreich nach.

Die Februarkämpfe 1934 gehören zu den entscheidenden Zäsuren in der Geschichte der Republik Österreich. Die Auseinandersetzung um das politische System der Demokratie, die die Erste Republik von Beginn an prägte, wurde mit Waffengewalt zugunsten einer Diktatur entschieden. Die vorliegende Publikation versucht, die entscheidenden Konfliktlinien der Ersten Republik nachzuzeichnen und Schlussfolgerungen für die Gegenwart zu gewinnen. Ergänzt wird die historische Analyse durch

die Dokumentation einer gelungenen künstlerischen Annäherung an die Thematik: Franzobles Theaterstück „hant oder Der totale Februar“ mobilisierte eine ganze Region und fand international Beachtung. Der oberösterreichische SPÖ-Vorsitzende Erich Haider ist von der Bedeutung des Buches überzeugt, denn „gerade in kritischen Zeiten wie der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist es wichtig, sich bewusst zu machen, wie zerbrechlich demokratische Institutionen sein können.“ ♦

Wirtschaft

Let's Make Money

Wer mehr wissen will über das weltweite Geflecht der Finanztransaktionen, wird in diesem Buch Antworten finden.

Millionen, Milliarden, Billionen: Jeden Tag haben die Zahlen mehr Nullen, die uns die Medien präsentieren. Aber niemand sagt uns, welche Auswirkungen die globale Finanzkrise auf unser Leben hat. Erwin Wagenhofer hat für den Film „Let's Make Money“ die Orte aufgesucht, an denen Geld verdient, vermehrt oder vernichtet wird. Er war in Niedrigstlohnländern, Steueroasen und in den Finanzzentren der Welt. Er zeigt uns die Realität hinter den verführerischen Werbesprüchen der Banken, die

uns raten, unser Geld arbeiten zu lassen. Caspar Dohmen begleitet den Film auf dieser Reise. Wo der Film die verschiedenen Seiten von Wachstum und Wahnsinn der globalisierten Welt zeigt, klärt das Buch auf über die Zusammenhänge zwischen Staatsverschuldung, Steuerparadiesen, Sweatshops und Subprimekrisen. Neben einem ausführlichen Glossar zur Finanzsprache bietet das Buch 32 Farbseiten aus dem Film und einen Making-Of-Beitrag des Regisseurs. ♦

Kriegsverbrechen

Im Namen der Anklage

„Ich fürchte Nichts, ich erledige nur meinen Job“, so die unerschrockene Chefanklägerin des UN-Tribunals in Den Haag.

Von der Wirtstochter aus einem kleinen Ort im Tessin hin zur international gefürchteten Anklägerin: Carla Del Ponte schildert überraschend offen ihren ungewöhnlichen Kampf gegen das Verbrechen. Ob sie als Staats- und Bundesanwältin gegen die Mafia kämpfte, was ihr den Spitznamen „Carlita la pesta“ eintrug, russischen Oligarchen oder dem Bhutto-Clan das Geld einfror, ob sie die gefährlichsten Kriegsverbrecher jagte, die USA offen kritisierte oder sich allein gegen die NATO

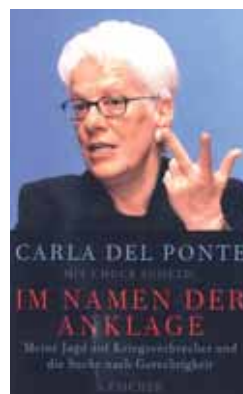
stellte, immer forderte sie für die Justiz ein, auch dann zu richten, wenn es gegen sämtliche Spielregeln der Politik und Diplomatie ging. Del Ponte erzählt, wie sie systematisch an ihrer Arbeit gehindert wurde und wie schwierig ihre kompromisslose, oft einsame Jagd nach Kriegsverbrechern im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda war. Eine unbeirrbar, außergewöhnliche Frau, die ihr Leben in den Dienst der Gerechtigkeit gestellt hat und dafür einen hohen Preis zahlt. ♦

☐ Stk.


Weidenholzer, Kepplinger (Hg.):
Februar 1934
in Oberösterreich
Bibliothek der Provinz,
Heidenreichstein 2009;
277 Seiten, 22 €

☐ Stk.


Caspar Dohmen:
Let's Make Money;
Was macht die Bank mit
unserem Geld?
Orange Press, Freiburg 2008;
221 Seiten, 20,60 €

☐ Stk.


Carla Del Ponte:
Im Namen der Anklage
S. Fischer Verlag,
Frankfurt/Main 2009;
518 Seiten, 23,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



FRAUENTAG

8. März ist „SPÖ Frauen“-Tag

Der Internationale Frauentag steht ganz im Zeichen von mehr Fairness für Frauen.



Die SPÖ steht auf der Seite der Frauen (im Bild: das Plakat der SPÖ Frauen zum Frauentag).

Jetzt nicht locker lassen – Fairness für Frauen“, lautet das Motto der SPÖ Frauen zum Internationalen Frauentag am 8. März. „Die Arbeit, ein Beruf, somit ein eigenes Einkommen bringen für Frauen Unabhängigkeit und Selbstbestim-

mung“, betont SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende Barbara Prammer. Allerdings geht es dabei auch um gleiche Chancen. Und die sind in Anbetracht der nach wie vor auseinanderklaffenden Einkommensschere zwischen Männern und Frauen sowie der

deutlich verminderten Wahrscheinlichkeit, als Frau in eine gehobene Führungs- oder Managementposition zu gelangen, eindeutig noch nicht gegeben. „Wir sehen das Regierungsprogramm als Auftrag, mehr für Frauen in Österreich umzusetzen“, so Prammer. Und die dort enthaltenen Forderungen haben eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift. Etwa die Forderungen nach einem Papamonat und einem einkommensabhängigen Kindergeld. Bundesfrauengeschäftsführerin Bettina Stadlbauer: „Wir stehen auf der Seite der Frauen.“ ♦

INFO

Seit wann gibt es den Frauentag?

Der erste Frauentag fand 1908 in den USA statt. 1910 wurde er auf Vorschlag von Clara Zetkin im Rahmen der Sozialistischen Frauen-Konferenz in Kopenhagen beschlossen und im Jahr darauf gab es den ersten Frauentag in Österreich-Ungarn. 1975 wurde er von der UNO als Gedenktag anerkannt.

INTERVIEW

„Möglichst viele Frauenarbeitsplätze absichern“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek über Arbeitsmarkt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Förderung der Väterbeteiligung.

SPÖ Aktuell: Wie sehen Sie als Frauenministerin Ihre Aufgabe in der Wirtschaftskrise?

Gabriele Heinisch-Hosek: Angesichts der Wirtschaftskrise ist es derzeit das Wichtigste, möglichst viele Frauenarbeitsplätze abzusichern. Dort wo das nicht möglich ist, geht es darum, Auffangnetze für Umschulungen und Weiterqualifikation anzubieten. Um den Anstieg der Arbeitslosigkeit bestmöglich zu verhindern, starten wir sofort eine Qualifizierungsoffensive für Frauen. Das ist jetzt die beste Investition in die Zukunft.

Teilzeit ist ein großes Thema für Frauen – wie kann es gelingen, dass mehr Frauen Vollzeit arbeiten können?

Gabriele Heinisch-Hosek: Vier von zehn Frauen arbeiten derzeit Teilzeit – und das oft nicht freiwillig. Daher liegt es mir besonders am Herzen, dass wir mehr Kinderbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren schaffen und vor allem das Angebot an ganztägigen Betreuungsplätzen verbessern. Wichtig ist mir, Frauen zu Qualifizierungen und zu Weiterbildungen zu motivieren. Frauen sollen von der Arbeit, die sie machen, auch gut leben können.



Jäger

Heinisch-Hosek: Mehr Chancen für Frauen durch bessere Vereinbarkeit von Kind und Job.

Was ist geplant, um Beruf und Familie besser zu vereinbaren?

Gabriele Heinisch-Hosek: Mit meiner Politik möchte ich Rahmenbedingungen schaffen, dass sich Väter intensiver und häufiger in die Kinderbetreuung einbringen. Das geplante einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld und der Papamonat sollen Väter dazu motivieren.

STEIERMARK

JobConnect schafft Arbeitsplätze für die Jungen



LHStv. Kurt Flecker und LH Franz Voves lassen junge Menschen in schwierigen Zeiten nicht alleine.



kämpfen.

Das Land Steiermark will mit einem Maßnahmenpaket Arbeitsplätze für junge Menschen schaffen und damit gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen.

mit einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der Wirtschaftskrise leisten zu können.

Das Land übernimmt dabei monatlich 25 Prozent (und maximal 500 Euro) der Lohn- und Lohnnebenkosten von 800 Jugend-

Auf rund 10.000 stieg die Anzahl der Arbeitslosen unter 27 Jahren im letzten Jahr, zwei Drittel dieser Arbeitslosen haben eine abgeschlossene Ausbildung. Mit „JobConnect“ sollen nun zusätzliche Beschäftigungsplätze durch einen Lohnkostenzuschuss für die Unternehmen geschaffen werden, insgesamt 4,2 Millionen Euro werden bereitgestellt. „Das Modell JobConnect wird sowohl Unternehmen als auch Jugendliche unterstützen“, erklärt Landeshauptmann Franz Voves, der zuversichtlich ist, da-

lichen für das erste halbe Jahr. Bedingungen dafür sind, dass das Anstellungsverhältnis mindestens neun Monate aufrecht bleibt und es sich um einen neu geschaffenen Arbeitsplatz handelt. Bei einer Anstellung mit der Dauer von einem Jahr zahlt das Land weitere 1.000 Euro für spezifische Weiterbildungen. JobConnect zielt auf beim AMS vorgemerkte Personen unter 27 Jahre mit mittlerer und höherer Ausbildung ab. ♦

KONTAKT

Zentrale Ansprechpartnerin für InteressentInnen:

Sabine Schickerbauer, erreichbar unter 0316/90612-10 oder info@jobconnect.at

Webtipp: Alle Informationen über JobConnect stehen auf der interaktiven Plattform www.jobconnect.at bereit.

WIEN

Sozial und nachhaltig wohnen



Wiens Wohnbaustadtrat Michael Ludwig präsentierte vor kurzem ein umfassendes Maßnahmenpaket für den Wiener Wohnbau.

Neu ist, dass zu fördernde Projekte um die Kategorie „Soziale Nachhaltigkeit“ erweitert werden. Damit sollen speziell Wohnbauformen mit architektonischer Innovation und hohem Kostenbewusstsein gefördert werden. Wien nimmt auch beim Klimaschutz eine führende Rolle ein, weil hier als erstes Bundesland höhere Förderanreize und strengere Grenzwerte bei Gebäudesanierungen umgesetzt werden. Darüber hinaus wird die Förderung von thermisch-energetischer Sanierung gestaffelt und an die Reduktion des Heizwärmebedarfs gekoppelt. Ludwig beton-



Wohnbaustadtrat Ludwig macht den sozialen Wohnbau zukunftsfit.

te auch, dass der Wiener Wohnbau als Jobmotor eine wesentliche Rolle spiele. Durch den effizienten Einsatz der Wohnbauförderung schaffe man etwa 17.000 Arbeitsplätze, allein 4.200 davon durch die Sanierungsförderung. ♦

OBERÖSTERREICH

3-Punkte-Programm für Jugendbeschäftigung



Mit einem engagierten Maßnahmenpaket sagt SPÖ-OÖ-Vorsitzender Erich Haider der Jugendarbeitslosigkeit den Kampf an.

Bei der nächsten Sitzung der Landesregierung wird die SPÖ-Oberösterreich das 3-Punkte-Sofortprogramm beantragen. Gefordert wird darin eine Verdopplung der Lehrlingsaufnahmen beim Land Oberösterreich und die sofortige Aufnahme von 200 zusätzlichen Mitarbeitern unter 25 Jahren beim Land und seinen Betrieben. Außerdem soll eine Qualifizierungsoffensive für junge ArbeitnehmerInnen gestartet werden. Denn, so Haider, „das Land und die öffentliche Hand haben eine besondere Verpflichtung, an der Seite der jungen Menschen zu stehen“.



Die Jugendarbeitslosigkeit ist dramatisch gestiegen – die SPÖ-OÖ beantragt ein 3-Punkte-Sofortprogramm für mehr Jugendbeschäftigung.



Was sind Wahltags-Befragungen wert?

Durch das Umfragedebakel rund um die Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg ist die gesamte Meinungsforschung in Verruf geraten. Dabei wird leider weder zwischen den Instituten noch den verschiedenen Methoden und Anwendungsbereichen der Meinungsforschung differenziert.



APA

„Bei solchen sehr aufschlussreichen Wahltags-Befragungen sollte man aber nicht wegen der Kritik an aktuellen Fehlprognosen vor den Wahlen das Kind gleich mit dem Bade ausschütten.“

OGM hat zwar in der Kärntner Kronenzeitung das Wahlergebnis frühzeitig vorausgesagt und auch in anderen Medien schon vor dem Wahltag jene Umfragen kritisiert, die „ein Kopf an Kopf-Rennen herbeireden, das nicht existiert“, aber letztlich werden alle in einen Topf geworfen. Gleiches passiert mit anderen Umfragemodellen wie der Wahltags-Befragung. Dabei werden am Wahlsonntag zufällig ausgewählte Wahlberechtigte nach erfolgter Stimmabgabe über die Gründe für das Wählen einer bestimmten Partei befragt. Der wesentliche Unterschied (und Vorteil) von Wahltags-Befragungen besteht nämlich darin, dass nicht wie bei Umfragen vor dem Wahltag nur Absichten der Wähler erhoben werden, sondern nach erfolgter Stimmabgabe das tatsächliche Wahlverhalten abgefragt wird, was naturgemäß zu genaueren Ergebnissen führt. Sollten aber trotzdem Ab-

weichungen vorkommen, kann das reale Wahlergebnis in die Befragungsdaten „hingewichtet“ werden. Das schafft eine gute Basis zu Aussagen über Wahlverhalten und -motive der verschiedensten Wählergruppen. Probleme bezüglich der Genauigkeit der Ergebnisse können am ehesten bei kleinen Wählergruppen entstehen, vor allem wenn die Stichprobengröße der Wahltags-Befragung nicht bei zumindest 500 bis 600 Interviews liegt.

Viel mehr sind aber bei einer solchen Befragung am Wahltag zwischen 11:00 und 16:00 Uhr kaum zu schaffen. Deshalb werden in der Praxis oft Ergebnisse von Befragungen kurz vor dem Wahlsonntag miteinbezogen, die ebenfalls durch Computergewichtung entsprechend dem tatsächlichen Wahlergebnis korrigiert werden können.

Gerade bei Aussagen zum Wahlverhalten der Arbeiter können aber statistisch bedingte Unschärfen vorliegen, weil diese Berufsgruppe nur rund 17 Prozent der Bevölkerung repräsentiert, also in einer üblichen Befragungsstichprobe mit etwa 120 bis 150 Fällen vertreten ist, wo die Ungenauigkeiten aufgrund der statistisch bedingten Schwankungsbreiten schon recht groß werden können. Wahrscheinlich ist es aber aus politischer Sicht viel zielführender und zeitgemäßer, sich nicht an schon etwas überholten berufsständischen Definitionen anzuklammern, sondern einfach die einkommensschwachen Gruppen innerhalb der Arbeiter und Angestellten gemeinsam zu betrachten. Die Unterschiede zwischen einer angestellten Regalbetreuerin im Supermarkt und einem angelerntem Speditionsarbeiter sind ja trotz der unterschiedlichen Tätigkeit oft recht gering, was Bedürfnislage, Sorgen und Probleme und damit auch die Anforderungen an die Politik betrifft. Eine so definierte Gruppe ist aber fast doppelt so groß wie die Arbeiter, womit auch die statistische Sicherheit und politische Aussagekraft solcher Ergebnisse zunimmt.

Aus dieser Sicht sind Wahltags-Befragungen oder auch größer angelegte Nachwahlanalysen ein optimales Instrument, um daraus für die weitere politische Strategie und Schwerpunktsetzung die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Von krassen Fehlprognosen wie bei den abgelaufenen Landtagswahlen sollte man sich dabei nicht beirren lassen, weil zutreffende Prognosen ohnehin viel häufiger vorkommen, die aber in der medialen und politischen Diskussion nicht so viel Beachtung finden. ♦

Wolfgang Bachmayer ist Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts OGM.

TERMINKALENDER

Bis 11. April

Republikausstellung

Im Jahr 2008 feierte die Republik Österreich ihren 90. Geburtstag. Aus diesem Anlass ist im Parlament seit 12. November 2008 eine große Ausstellung zu sehen, die noch bis 11. April 2009 andauert. Unter dem Titel „Republik.Ausstellung 1918/2008“ stehen nicht nur die historischen Wurzeln der Republik im Fokus, auch die weitere Entwicklung Österreichs bis heute – mit allen wesentlichen Kontinuitäten und Brüchen – wird umfassend beleuchtet. Geöffnet ist die Ausstellung von Montag bis Freitag zwischen 9 Uhr und 19 Uhr, sowie an Samstagen zwischen 9 Uhr und 17 Uhr. Mehrmals täglich werden öffentliche Führungen angeboten. Der Ticketpreis beträgt ohne Führung 2 Euro, mit Führung 4 Euro. Kinder und Jugendliche können die Ausstellung kostenlos besuchen. Achtung: An Sitzungstagen des Nationalrats und des Bundesrats, an Feiertagen sowie an Tagen mit großen parlamentarischen Veranstaltungen ist kein Besuch der Ausstellung möglich.

Öffnungszeiten: 9 bis 19 Uhr

Parlament

Dr. Karl Renner Ring 1-3
1010 Wien

10. März

„Nzeru mba awiri – Weisheit sind Zwei“ Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Mosambik

Welche Erfolge und Defizite gibt es in der Zusammenarbeit zwischen Österreich und Mosambik? Und welche Faktoren sind für eine erfolgreiche Partnerschaft grundlegend? Darüber referieren und diskutieren: Josef Pampalk, Autor und Mosambik-Experte, Manfred Schnitzer, Österr. Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium, Petra Bayr, SPÖ-Sprecherin für Umwelt und globale Entwicklung, Franz Glaser, ÖVP-Sprecher für Entwicklungszusammenarbeit, und Jutta Kepplinger vom Parlamentarischen Nord-Süd-Dialog.

Um Anmeldung wird gebeten unter: 01/804 65 01-0 oder post@renner-institut.at

Beginn: 18.30 Uhr

**Renner Institut,
Europasaal**

Eingang: Gartenhotel Altmannsdorf
1120 Wien

11. März

BSA ImpulsStammTisch „Nichtrauchen in der Steiermark“

Der BSA Steiermark startet die fünfte Staffel seiner ImpulsStammTisch-Reihe mit dem Thema „Nichtrauchen in der Steiermark – Raus aus der persönlichen Feinstaubdunstglocke – Wege zu mehr Lebensqualität“. ReferentInnen an diesem Abend sind Landesrat für Gesundheit und Personal, Helmut Hirt und Kathryn Hoffmann, Leiterin der Tabakentwöhnung der Tabakpräventionsstrategie Steiermark. Claudia Giglervon der „Kleinen Zeitung“ moderiert die Veranstaltung. Um Anmeldung wird gebeten unter Bsa.stmk@bsa.at.

Beginn: 18 Uhr

Kunsthau Graz

Restaurant IKU
Lendkai 1
8020 Graz

16. März

Welche Aufgaben hat ein Abgeordneter zum Europäischen Parlament?

Jörg Leichtfried, seit 2004 sozialdemokratischer Abgeordneter im EU-Parlament, berichtet über seine Tätigkeit und steht für eine anschließende Diskussion zur Verfügung.

Beginn: 19 Uhr

Wirtschaftsmuseum

Vogelsangasse 36
1050 Wien

17. März

Herausforderungen im Europäischen Finanzmanagement



Henisch

**Bundeskanzler a.D.
Franz Vranitzky**

Im Rahmen der Franz-Vranitzky-Lectures des Bruno Kreisky Forums für internationalen

Dialog hält der EU-Parlamentarier Herbert Bösch einen Vortrag über das europäische Finanzmanagement. Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky wird den Vortrag einleiten. Um Anmeldung wird gebeten unter:

01/318 82 60/20, oder

einladung.kreiskyforum@kreisky.org.

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15
1190 Wien

19. März

„Outside the metropolis: Diasporas?“

Gayatri Chakravorty Spivak von der Columbia University referiert über das Lebensmodell „Diaspora“. Dabei handelt es sich um ein Modell, in dem man die Migration von Menschen als positive Ressource nutzt, anstatt sich davon zu distanzieren. Trotz der nationalen, kulturellen und ökonomischen Differenzen verbindet diese Menschen unter anderem ein supranationales Netzwerk. Durch die Veranstaltung führt die Journalistin Isolde Charim. Um Anmeldung wird gebeten unter: 01/318 82 60/20, oder

einladung.kreiskyforum@kreisky.org.

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15
1190 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz,

Peter Slawik, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil

Goldberg, Coverfoto: Johannes Zinner

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at



Fürthner

Das große Reinemachen

Buchstäblich saubere Arbeit leisten jene engagierten Damen und Herren, die als so genannte „WasteWatcher“ in Wien für eine saubere Stadt sorgen. Vor einem Jahr haben 30 WasteWatcher den Kampf gegen Hundekot und illegal abgelagerten Sperrmüll aufgenommen. Und das mit Erfolg, wie zuletzt auch Umweltstadträtin Ulli Sima betonte: „Ich möchte mich sehr herzlich für die großartige Arbeit bei allen WasteWatchern bedanken. Die Aufgabe ist nicht immer einfach, aber sehr erfolgreich.“



Reichkendl

Faymann in Frankreich

Die Wirtschaftskrise macht es notwendig, auf europäischer Ebene gemeinsame Taten zu setzen. Darin waren sich Bundeskanzler Werner Faymann und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy nach einem Gespräch im Pariser Elysee-Palast einig.



BKA

Gschwentner gratuliert „Goldenem“

Dominik Landertinger heißt unser goldener Biathlet, der kürzlich mit Gold im Einzel- und Silber im Staffebewerb von der WM in Pyeongchang zurückgekehrt ist. Sportreferent, Landeshauptmannstellvertreter Hannes Gschwentner hat sich mit herzlichen Gratulationen und einem Rennrad als Geschenk eingestellt. „Damit kann unser Aushängeschild des Tiroler Sports auch im Sommer trainieren, um fit in die nächste Saison zu starten.“